Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Das ungelöste Indienproblem.

SPD. Die zweite "Konferenz am runden Tisch", durch die England hoffte, in offener Aussprache mit den Delegierten aus Indien die gefährlichen Probleme dieser wichtigsten Kolonie des Britischen Reiches zu lösen, ist mit einem sehr dürftigen, eigentlich sogar negativen Ergebnis zuende gegangen.

Die erste Konferenz hatte zu überhaupt keinem Ergebnis geführt, weil sie von der wichtigsten Partei, der Allindischen Kongresspartei, boykottiert worden war. Der Führer dieser wichtigsten Gruppe, Ghandi, sass damals im Gefängnis, weil er den Ungehorsam gegen die Gesetze, die passive Resistenz gegen die Behörden und den Boykott englischer Waren propagierte. Die Arbeiterregierung erkannte jedoch, dass ohne Ghandi und seine Partei alle Einigungsversuche von vornherein zwecklos sein würden. Sie gab daher ihre Zustimmung zur Freilassung Ghandis und beauftragte den damaligen Vizekönig Lord Irvin, mit dem Nationalistenführer über die Voraussetzungen seiner persönlichen Teilnahme an der Londoner Konferenz zu verhandeln. Die Tatsache, dass Ghandi sich überhaupt dazu bereit erklärte, mit dem Vertreter der britischen Krone diese Frage zu diskutieren, ist ihm von dem extremistischen Flügel seiner eigenen Partei als Verrat an der indischen Sache angekreidet worden. Im Gegensatz zu dem Propheten der Gewaltlosigkeit fordern die Extremisten in der Kongresspartei, die stark unter Moskaus Einfluss stehen, die restlose, sofortige und gewaltsame Befreiung Indiens von der Fremdherrschaft und lehnen jeder Verhandlung mit Grossbritannien ab.

Dennoch reiste Ghandi nach London, freilich nicht ohne weitgehende programmatische Forderungen verkündet zu haben, deren Erfüllung in der heutigen Zeit von vornherein sehr zweifelhaft war: Indien sollte sofort die gleichen, sehr weitgehenden Selbstverwaltungsrechte erhalten, die die übrigen britischen Dominien bereits besitzen. Die Aussichten für eine Erfüllung dieser Wünsche waren selbst unter der Arbeiterregierung sehr gering, die ebenfalls und mit Recht den Standpunkt vertrat, dass sowohl im britischen wie auch im Interesse Indiens selbst eine Uebergangszeit zwischen dem bisherigen Kolonial-Regime und der fast völligen Unabhängigkeit eines Dominions unerlässlich sei. Aber schon wenige Tage nach dem Eintreffen Ghandis in London verschlechterten sich die Chancen eines Konferenzerfolges dadurch, dass die Arbeiterregierung auseinanderbrach und die Konservativen in das neue Kabinett MacDonald eintraten, jene Konservativen, die der versöhnlichen Indienpolitik der Labourparty von Anfang an skeptisch, misstrauisch oder sogar feindselig gegenüberstanden. Der erdrückende Tory-Sieg bei den Unterhauswahlen war erst recht nicht geeignet, die Verständigung zu erleichtern.

Trotzdem ist das nahezu negative Endergebnis der Konferenz am runden Tisch nicht so sehr die Folge britischer Unversöhnlichkeit als der unüberbrückbaren Gegensätze unter den Vertretern Indiens selber. Es war der Widerstand der mohamedanischen Vertreter und der Delegierten der übrigen Minder-

heiten einschliesslich der Parias=Kaste gegen die weitgehenden Selbständig=keitsforderungen der Nationalisten,die das Haupthindernis für eine Einigung bildeten. Diese fürchteten,dass die Hindu=Mehrheit mit allen ihren rassi=schen und religiösen Vorurteilen die Minderheiten unterdrücken würden,wenn die Selbständigkeitsforderungen der Allindischen Kongresspartei erfüllt wä=ren. Ghandi selbst hat stets einen versöhnlichen Standpunkt gegenüber den Mohamedanern und den Parias eingenommen, aber die breite Masse seiner Partei=anhänger ist noch immer mit nationalistischen und religiösen Vorurteilen er=füllt, auf die er auch in London als Unterhändler Rücksicht nehmen musste. Gestützt auf den Widerstand der Minderheiten,lehnte die britische Regierung die weitgehenden Forderungen der Ghandi=Gruppe ab. Sie bestand darauf,dass vor der Erreichung des Endzieles einer restlosen Unabhängigkeit Indiens nach au=stralischem oder kanadischem Muster eine Uebergangszeit notwendig wäre,in der die Kontrolle Englands nicht nur über die militärischen und auswärtigen Ange=legenheiten,sondern auch über die innere Verwaltung dieses ausgedehnten Rei=ches aufrecht erhalten bliebe. Zu dem Endziel des Dominionsstatuts hat sich MacDonald in seiner Schlussrede nach wie vor bekannt, doch hat Ghandi in sei=ner Erwiderung sein Misstrauen durchblicken lassen und in dunklen Redewendun=gen von der Möglichkeit gesprochen,dass sich die Wege abermals trennen könn=ten und die Auflehnungsbewegung wiederaufleben würde.

Ueber die noch strittigen und ungelösten Fragen sollen die Vertreter der einzelnen Gruppen nach ihrer Rückkehr nach Indien unter Vermittlung des Vizekönigs wieder untereinander verhandeln. Das ist die Kompromissformel, durch die man das offene Scheitern der "Rounde Table Conference" zu bemän=teln versucht hat. Ueber die Aussichten dieser Nachverhandlungen urteilt man allerdings sehr skeptisch. Man befürchtet vielmehr,dass Ghandi nach dem Miss=erfolg seiner Londoner Mission viel von seinem Prestige unter den eigenen Parteigängern verloren hat und dass nunmehr die revolutionäre Bewegung ihm über den Kopf wachsen wird.

Dass die Londoner Konferenz wenigstens nach aussen hin an den internen Gegensätzen zwischen den Delegierten aus Indien gescheitert ist, ist für Grossbritannien ein wahres Glück. Es scheint sogar denen in England recht zu geben,die den Standpunkt vertreten,dass Indien selbst noch nicht reif für die völlige Freiheit sei. Aber die konservativen Scharfmacher,die unter Füh=rung von Churchill daraus Kapital zu schlagen versuchten,sind trotzdem in der Unterhausdebatte in der Minderheit geblieben. Vielmehr konnte MacDonald unter stillschweigender Zustimmung seiner konservativen Kabinettskollegen verkünden,dass auch die jetzige überparteiliche Regierung sich zu der glei=chen Indienpolitik bekenne wie die Arbeiterregierung. Dieses Bekenntnis ist der einzige Lichtblick in der ernsten Situation, die der unbefriedigende Ab=schluss der Londoner Verhandlungen geschaffen hat.

SPD. Stuttgart, 5.Dez. (Eig.Drahtb.)

Die württembergische Regierung hat bei der Reichsregierung den Antrag gestellt den Vollstreckungsschutz, wie er im Osthilfegesetz der Landwirtschaft des Ostens gewährt wird, in ähnlichem Ausmass auch der süddeutschen Landwirt=schaft zuzubilligen. Es ist zu erwarten,dass die Reichsregierung in der neuen Notverordnung dem dringenden Verlangen der württembergischen Regierung ent=sprechen wird.

SPD. Der Genosse Hörsing hat dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei am Sonnabend die Mitteilung zugehen lassen,dass ihm nichts ferner läge, als der Partei in der gegenwärtigen schwierigen Situation irgendwie entgegenzuarbeiten, Hörsing, der in seinem ganzen Leben nur den Kampf für die Ideale des Sozialismus und der Demokratie gekannt und für sie gelebt, für sie die grössten Opfer gebracht hat,erklärt,dass er angesichts der seiner Meinung nach nicht zutreffenden Beurteilung, die die Gründung des "Deutschen Volkskurier" im Parteiausschuss erfahren hat,das Erscheinen dieses Blattes sofort einstellt, um dadurch das Zeichen seiner engsten Verbundenheit mit der Gesamtpartei zu ihren Kämpfen und Zielen wiederum zum Ausdruck zu bringen.

Der Parteivorstand gibt seiner Genugtuung Ausdruck,dass damit diese Angelegenheit - im Gegensatz zu anderen Vorkommnissen der jüngsten Vergangenheit- in parteigenössischer Weise bereinigt ist und Hörsing wie bisher im Rahmen der Partei gegen die ungeheuerliche Not unseres Volkes, gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftselend für Demokratie und Sozialismus kämpfen wird.

SPD. Stuttgart, 5.Dez. (Eig.Drahtb.)

Der Nazi=Abgeordnete Gregor Strasser, der nach seiner Stellung innerhalb der Organisation der Nationalsozialisten nächst Hitler als Interpret der Absichten seiner Partei angesehen werden muss, hat sich in einer Versammlung in Stuttgart in einer Weise geäussert,die alles Gerede von Legalität als Verlogenheit charakterisiert. Aus seiner etwa zweistündigen,überaus masslosen Hetzrede seien die folgenden Sätze im Wortlaut wiedergegeben:

"Wann wir zur Macht kommen? Vielleicht am 23.Februar,wenn der Reichstag wieder einberufen ist, vielleicht vorher schon bei einer Regierungskrise,vielleicht erst nach der bestimmt erfolglosen Abrüstungs=Konferenz. Mit heissester Sehnsucht erwarten wir den Sturz Brünings, der unbedingt und auf jedem irgendwie möglichen Wege in nächster Zeit erreicht werden muss.Deshalb und solange bleibt auch die Harzburger Front bestehen. Was dann? Wir gehen in keine Regierung,wenn wir nicht das Heer und die Polizei in unsere Hände bekommen. Dann wollen wir dem Deutschen Volke einmal etwas vorexerzieren. Wir wollen doe legale, aber die Brachialgewalt im Staat, deshalb,weil wir für die nächsten Jahre sehr unpopuläre Dinge machen müssen. Wer nicht gehorcht,wird sehen, was mit ihm geschieht. Wir werden zeigen,was man mit der Presse und vor allem mit dem Rundfunk machen kann,wenn man die tausend Möglichkeiten der Regierungsgewalt in Händen hat. Wir werden die stärksten Beschützer des Privateigentums sein und möglichst wenig in die Wirtschaft hineinpfuschen,sondern jeden Unternehmer frei schalten lassen, der nicht gegen das allgemeine Interesse verstösst. Marxisten und demokratische Republikaner gibt es,wenn wir regieren, nicht mehr. Wir werden ihnen einige Zeit zum Umlernen lassen. Wer sich zu irgend einer Internationale bekennt, hört auf, Deutscher zu sein,und wer etwa "Heil Moskau" rufen sollte, wird aufgehängt. Komme uns ja keiner,wenn wir die Macht haben, mit Mitleid. Wenn wir regieren,kommt der Endkampf;wenn wir versagen, kommt der Bolschewismus. Das wissen wird. Und weil wir wissen,dass dann wir gehenkt werden,sind wir so frei, vorher zu henken, und wenn wir bis an die Knöchel im Blut stehen müssen um Deutschlands willen,so haben wir es haben wollen. Entweder leben und befehlen wir, oder die anderen,dann krepieren wir."

Aussenpolitisch will Strasser den Kampf gegen Frankreich und die Allianz mit allen Gegnern der Franzosen. "Darum wollen wir ans Ruder. Wenn Frankreichs Macht wankt, werden wir die deutsche Volkskraft organisieren,um die Entwicklung im Kampf gegen Frankreich zu beschleunigen.Eine Verständigung mit Frankreich ist Wahnsinn. Es gibt nur Krieg mit Frankreich."

Strassers Aeusserungen waren eine Umschreibung des Inhalt des Boxheimer=Dokuments.Als Ziel seiner Partei hat er unverhüllt den blutigsten Bürgerkrieg und einen neuen Weltkrieg propagiert.

SPD. Chemnitz, 5.Dez. (Eig.Drahtb.)

Die Chemnitzer Republikaner sehen schon lange mit wachsender Erbitterung, dass die Haltung der massgebenden Chemnitzer Polizeiinstanzen den Feinden der Republik Vorschub leisten. Die Nationalsozialisten werden behandelt als seien sie bereits ein Teil der Staatsmacht, während die republikanischen Organisationen, besonders auch die Sozialdemokratie, mit offener Eindeutigkeit in ihrer politischen Arbeit gehindert werden. Die zugunsten der Nazis lautende Politik des Chemnitzer Polizeipräsidiums erreichte ihren Höhepunkt, als am Mittwoch das vom Parteivorstand der Sozialdemokratie herausgegebene Flugblatt: "So beginnt das Dritte Reich" verboten wurde. In diesem Flugblatt wird in sachlicher Form geschildert, was eine Diktaturregierung nach dem Muster der hessischen Dokumente bedeuten würde. Unerhörter aber als das Verbot ist die Begründung, die ein offenes Plädoyer für die Nationalsozialistische Partei darstellt. In dem Schreiben des Chemnitzer Polizeipräsidiums an die Leitung der Sozialdemokratischen Partei Chemnitz heisst es:

"Der Fall Dr.Best ist noch völlig unaufgeklärt und umstritten. Seine Behandlung in einem Flugblatt, noch dazu in einer Weise, die die Tat Dr.Best's auf das Schuldkonto der Nationalsozialistischen Partei setzt, ist geeignet, Beunruhigung in weite Volkskreise zu tragen, den Hass gegen den politischen Gegner noch weiter zu schüren und damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gefährden".

An demselben Tag, an dem das Verbot erlassen wurde, erlaubte das Polizeipräsidium den Chemnitzer Nationalsozialisten, auf Plakaten den berüchtigten Dr.Best als "Verfasser der angeblichen Hochverratsdokumente" anzukündigen. Mit anderen Worten: das Polizeipräsidium bestreitet die Schuld der Nationalsozialistischen Partei, während sich die Nazis bereits in aller Oeffentlichkeit mit dem Dr.Best und seinen hochverräterischen Machenschaften identifizieren. Gegen diesen offenen Missbrauch der Amtsgewalt erhoben Vertreter der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion Beschwerde bei der sächsischen Regierung mit dem Erfolg, dass das Verbot innerhalb 24 Stunden aufgehoben wurde.

Für die einseitige Haltung des Chemnitzer Polizeipräsidiums ist noch folgende Tatsache bezeichnend: Die Sozialdemokratische Partei hat für Dienstag zu drei öffentlichen Mieterversammlungen aufgerufen. Das Plaket, das die Ueberschrift trug: "Mieter, setzt Euch zur Wehr!", wurde mit dieser Ueberschrift nicht genehmigt, da es geeignet sei, "aufreizend" zu wirken. Ferner wurde ein für Sonntag geplanter Kreisaufmarsch des Reichsbanners verboten, während ein Aufmarsch der Nazis genehmigt wurde. Bemerkenswert an dieser letzten Entscheidung ist, dass der Reichsbanner-Aufmarsch an der Peripherie der Stadt stattfinden sollte, sodass ein Zusammentreffen der beiden Züge von vornherein ausgeschlossen war. Trotzdem aber wurde verboten.

Auch innerhalb der unteren Polizeibeamtenschaft wächst die Erregung über die parteiische Einstellung des Polizeipräsidiums Tag für Tag. In Briefen an die "Chemnitzer Volksstimme" geben die Polizeibeamten ihrer Erbitterung Ausdruck. So ist z.B. festgestellt worden, dass ein Polizeimajor a.D. Facius, der vor wenigen Wochen aus dem Dienst ausschied und heute ein Führer der Chemnitzer Nazis ist, immer noch in der Kaserne der Schutzpolizei ein- und ausgehen kann, die Schlüssel zu dem Dienstgebäude noch besitzt, an polizeitaktischen Uebungen teilnimmt und dazu Polizei-Dienstkraftwagen benutzt. Polizeibeamte müssen heute noch in der Nacht vor der Villa des Herrn Facius Wache stehen. Beschwerden der Beamten sind erfolglos geblieben. Ein anderer Polizeioffizier von dem Busche-Haddenhausen wurde kürzlich entlassen, weil er in einen Rauschgiftdiebstahl in der Polize-Krankenstube verwickelt war. Dieser ehemalige Offizier ist gleichfalls in die Leitung der Chemnitzer Nazis eingetreten, darf aber trotzdem weiter in der Polizeikaserne wohnen.

Die Zustände in der Chemnitzer Polizei sind unhaltbar.

SPD. Braunschweig,5.Dez.(Eig.Ber.)

Der frühere KPD=Sekretär Willi Bauer erklärt in der Sonnabend=Ausgabe des hiesigen "Volksfreund" seinen Uebertritt zur Sozialdemokratie. Bauer alias Buch war ein Jahrzehnt in leitenden Funktionen der KPD. und weilte u.a.längere Zeit in Russland.

In einem längeren Artikel schildert der ehemalige KPD=Führer die Zustände in der Kommunistischen Partei. Nachdem er die Abhängigkeit der Thälmann, Neumann, Remmele, Pieck, Stöcker usw. von den Kassen Stalins an einigen Beispielen dargelegt hat,fährt er fort: "Sie alle sind traditionelle Umfaller, die wegen der damit verbundenen finanziellen Einbusse nicht den Mut haben,die im stillen Kämmerlein eingestandene Politik bis zur Konsequenz durchzuführen. Das ist Gesinnungskorruption schlimmster Sorte. Von einem KPD=Arbeiter im Betriebe jedoch verlangt dieselbe Parteileitung,dass er die Politik seiner Partei auch auf die Gefahr des Existenzverlustes vertritt. Die KPD. hat wiederholt die Parole ausgegeben,dass auch die kleinste Schwäche der sozialdemokratischen Führer an das Licht der Oeffentlichkeit gezerrt werden muss, um den Arbeitern das wahre Gesicht ihrer Führer aufzuzeigen. Niemals aber hat es die Kommunistische Partei gewagt, das Privatleben ihrer "Grössen" den kommunistischen Arbeitern vor Augen zu führen. Nie hat man etwas davon gelesen,dass der mit Parteigeldern aufgebaute Apparat der "Welt am Abend" an einen der Arbeiterklasse bestimmt nicht sympathisch gegenüberstehenden Kapitalisten verpfändet ist,dass der Kapitalist Cassierer den Inseraten= und Autopark der "Welt am Abend" gepachtet hat und dass der Hugenberg der KPD.,Herr Willi Münzenberg, die Zinsen nutzbringend in den Dielen des Berliner Westens oder in anderen Passionen "anlegt". Davon dürfen die "Vorkämpfer des proletarischen Gewissens" selbstverständlich nichts schreiben, um so mehr widmen sie sich der Bekämpfung der sozialdemokratischen Führer. Der Kampf der heutigen KPD=Führer gegen die SPD ist ein Kampf der Existenzberechtigung der KPD=Angestellten".

Bauer schliesst seinen Artikel mit der Aufforderung,dass es angesichts der Zuspitzung in Deutschland Pflicht eines jeden einzelnen sein muss,sich an die Seite der Sozialdemokratischen Partei zum Kampf gegen den Faschismus zu stellen.

SPD. In der Affäre der Bank für Handel und Grundbesitz hat die Staatsanwaltschaft,nachdem der Preussische Landtag die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Ladendorff beschlossen hat, Ladendorff,der Vorsitzender des Aufsichtsrates der Bank ist, vernommen. Gegen Ladendorff spricht der Umfang der Bilanzfälschungen,die der bisher unauffindbare Direktor Seiffert vorgenommen hat. Es wird Ladendorff zur Last gelegt,dass er von diesen Fälschungen gewusst haben müsse. Er selbst hat bei seinen Vernehmungen bestritten,von den Fälschungen Kenntnis gehabt zu haben,und behauptet,selbst durch Seiffert getäuscht worden zu sein. Der stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der Bank für Handel und Grundbesitz, Le Viseur, ist bisher noch nicht vernommen worden;er ist zum kommenden Montag vor den Staatsanwalt geladen.

SPD. Braunschweig,5.Dez.(Eig.Drahtb.)

Der seit einigen Tagen hier vorgeführte Film "Im Westen nichts Neues" ist von dem Besitzer des Kinos abgesetzt worden,weil er die von der braunschweigischen Landeszeitung angekündigten "schärferen und stärkeren Terrormassnahmen" fürchtete und weil ihm der polizeiliche Schutz nicht ausreichend schien. Die Nazis haben also im Dritten Reich des Herrn Klagges wieder einmal ihren Willen erhalten.

SPD. Paris, 5.Dez.(Eig.Drahtb.)

Die Sonnabend=Verhandlungen des Völkerbundsrats haben zu keinem Fort=schritt in der Regelung des chinesisch=japanischen Konflikts geführt.

Die Chinesen haben dem Rat ein Memorandum über die Schaffung einer neu=tralen Zone um Tschintschau überreicht, in dem sie angesichts der immer neuen Forderungen Japans von ihren bisherigen Zusagen abrücken. Da die von Japan verlangten Aufklärungen über den genauen Sinn ihrer Forderungen betreffend die neutrale Zone am Sonnabend noch nicht eingetroffen waren, beschäftigte sich der Redaktionsausschuss des Rates am Vormittag mit der Stellungnahme Japans zu dem Entschliessungsentwurf und dem Kommentar, der in öffentlicher Sitzung zu der Entschliessung verlesen werden soll. Der Sitzung wohnte ein Mitglied der japanischen Delegation bei, das dem Ausschuss die Abänderungs=anträge seiner Regierung zu der Entschliessung und dem Kommentar unterbrei=tete. Die Regierung von Tokio wünscht, dass in der Entschliessung der Absatz, der sich auf die Vollmachten der nach China zu entsendenden Kommission bezieh abgeändert oder ganz gestrichen wird, da Japan sich nicht damit einverstan=den erklären könne, dass sich die Kommission mit der Räumungsfrage befasst. In den Abänderungsanträgen zu dem Kommentar verlangen die Japaner erweiterte Befugnisse inbezug auf die Massnahmen gegen die chinesischen Banditen. Sie wollen nicht nur das Recht zu Polizeiaktionen, sondern zu militärischen Ope=rationen erhalten. Ausserdem wünschen sie nicht, dass in dem Kommentar der Wunsch ausgedrückt wird, dass die Räumung so schnell wie möglich vollzogen wird.

Von 4 bis 5½ Uhr nachmittags tagte der Rat ohne die Delegierten Chinas und Japans. Er beschäftigte sich zunächst mit der chinesischen Note über die neutrale Zone um Tschintschau. Es wurde beschlossen, diese Note, deren Inhalt besonders Lord Cecil verstimmte, zunächst zu den Akten zu legen, bis die von Japan geforderten Präzisionen vorliegen, da jede weitere Verhandlung über die=ses Thema vorläufig nutzlos sei. Im Anschluss daran erörterte der Rat die Abänderungsanträge Japans zu der Entschliessung und zu dem Kommentar. Um der Schwierigkeit, die durch die Forderung Japans inbezug auf die Vollmachten der Kommission entstanden ist, aus dem Wege zu gehen, einigte sich der Rat dahin, diesen Passus aus der Entschliessung herauszunehmen und in etwas genauerer Form in den Kommentar aufzunehmen. Auch die weitere Forderung Japans, die in dem Kommentar vorgesehene Berechtigung zu Massnahmen gegen die chinesischen Banditen zu verstärken, wollte der Rat in keiner Weise zulassen. Ein Ratsmit=glied bemerkte, dass Japan damit feierlich das Recht zu neuen Invasionen ge=geben würde. Infolgedessen kam man darüber überein, diesen Passus in dem Kom=mentar vollkommen zu streichen. Lord Cecil machte den Vorschlag, dass Japan in einer in der Schlussitzung zu verlesenden Erklärung sich das Recht zu Mass=nahmen gegen die chinesischen Banditen vorbehalte.

Die Lösungsmöglichkeiten für die beiden erwähnten Schwierigkeiten sind der japanischen und chinesischen Delegation unterbreitet worden mit der Bitte, dazu Stellung zu nehmen. Schliesslich wurde in der Ratssitzung noch über die Zusammensetzung der Kommission gesprochen. Die Vertreter der kleinen Mächte brachten noch einmal den Wunsch zum Ausdruck, durch einen oder zwei Delegierte in der Kommssion vertreten zu sein, sodass diese wahrscheinlich aus sechs oder sieben Mitgliedern bestehen wird. Ueber die Beteiligung der kleinen Mächte sollen Japan und China Vorschläge machen. Der Anwesenheit eines deutschen Vertreters in der Kommission ist sowohl von China als auch von Japan zuge=stimmt worden. In Aussicht genommen ist der frühere Botschafter in Tokio, Dr. Solf, der aber auf die an ihn gerichtete Anfrage noch keine Antwort erteilt hat.

SPD. Budapest,5.Dez. (Eig.Drahtb.)

Die Untersuchung gegen die Putschisten ist im wesentlichen abgeschlossen. Gegen 20 der Verhafteten wurde die ordentliche Untersuchungshaft wegen Verbrechens des Aufruhrs und der Verbindung zum gewaltsamen Sturz der Regierung verhängt. Gegen andere werden noch Erhebungen wegen eines Verbrechens des Verrats militärischer Geheimnisse geführt. Man will so offenbar die Zuständigkeit des Militärgerichts begründen. Die meisten Verhafteten verteidigen sich mit der Behauptung,dass sie im Namen des Kriegsministers Gömbös ein oberster Gendarmeriebeamter aufgefordert habe sich für den Fall eines kommunistischen Aufstandes zur Ergänzung der bewaffneten Macht zur Verfügung zu stellen.

SPD. Von einem Standartenführer der Berlin S.A. wird uns geschrieben:

Die Parteileitung der N.S.D.A.P. hat für den Fall ihrer Machtübernahme, mit der in kurzer Zeit gerechnet wird, besondere Richtlinien zur "Lösung der Judenfrage" ausgearbeitet,die streng vertraulich behandelt werden. Aus taktischen Gründen hat man augenblicklich auch jede öffentliche Erörterung der Judenfrage abgeblasen. Man fürchtet aussenpolitische Wirkungen,besonders in London und Paris. Für die Praxis aber liegt bereits ein genauer Plan für sämtliche Bezirke vor. Die Hauptpunkte dieses Programms sind folgende:

Sämtliche in Deutschland lebenden Juden haben kein Staatsbürgerrecht. Die Fähigkeit, öffentliche Aemter zu verwalten, besitzt kein Jude. Sämtliche jüdischen Beamten, wie etwa Lehrer, Richter, Regierungsangestellte usw. werden sofort entlassen. Ein Jude kann vor einem deutschen Gericht kein Zeugnis ablegen oder Schöffe sein.Sämtliche in Deutschland lebenden Juden werden unter ein besonderes "Recht" gestellt. Sie haben eine besondere Steuer zu bezahlen und unterstehen besonderen,örtlich zu regelnden polizeilichen Vorschriften, die u.a. über ihre Aufenthaltserlaubnis zu entscheiden haben.Kein Jude darf Anwalt sein. Die Ausübung der ärztlichen Praxis durch Juden an Christen ist nicht gestattet. Das Schächten wird verboten. Sämtliche staatlichen Unterstützungen sowie die staatliche Anerkennung der "jüdischen Kultusgemeinschaft" fallen fort. Sämtliche seit 1914 in Deutschland naturalisierten Juden verlieren das deutsche Staatsbürgerrecht und werden als lästige Ausländer abgeschoben. Ein besonderer Untersuchungsausschuss wird sämtliche jüdischen Geschäftsunternehmen, insbesondere Warenhäuser, Banken, Grosshandel sowie gewerbliche Unternehmungen auf das schärfste kontrollieren und bei evtl. "Volksgefährlichkeit" enteignen und in den "Besitz des deutschen Volkes" überführen. Ein besonderes Gesetz gilt der Bekämpfung der "jüdischen Kulturbeschmutzung". Jüdischen Theaterinhabern wird die Konzession entzogen. An leitender Stelle von Zeitungen dürfen keine Juden stehen. Alle Presseerzeugnisse, die in jüdischen Händen sind, müssen dieses deutlich an ihrem Kopf verzeichnen. Ein besonderes Gesetz wird alle jüdischen Schriftsteller und Journalisten zur Rechenschaft ziehen,die sich "unberechtigterweise" in deutsche Verhältnisse" einmischen.

Die "deutsche Volksgemeinschaft" behält sich ausdrücklich das Recht vor, alle missliebigen "jüdischen Schutzbürger" zu internieren oder auszuweisen, die gegen die "Interessen des deutschen Volkes" verstossen. Mischehen zwischen Juden und Christen werden für ungültig erklärt. Die Genehmigung zur standesamtlichen Eheschliessung wird grundsätzlich versagt. Jüdische Kinder dürfen keine deutschen Schulen und Universitäten besuchen.Zur endgültigen Lösung der Judenfrage wird vorgeschlagen,die Juden in Deutschland zur Arbeitsdienst und zur Urbarmachung in den deutschen Moorgebieten zu verwenden,wobei besondere S.S. die Aufsicht führen werden.

Aus aller Welt

Vorbeugende Strafjustiz.

Gescheite Polizei und ein mutiger Chauffeur.

SPD.Seit einiger Zeit legte ein in Barcelona ansässiger Papierhändler, seiner Nationalität nach Franzose, ein auffälliges Interesse an den Tag, für mehrere Tage ein Automobil zur Verfügung zu haben, Er verhandelte mit verschiedenen berufsmässigen Chauffeuren und auch mit einem, der im Dienste der Polizei steht. Der Chauffeur fasste Verdacht, dass mit Hilfe des Autos ein Verbrechen begangen werden solle. Er benachrichtigte die Polizei und erhielt Auftrag, mit dem Franzosen handelseinig zu werden und ihn sorgfältig zu beobachten.

Es stellte sich heraus, dass der Franzose Freund mehrerer von der Polizei gesuchter gewerbsmässiger Verbrecher war. Auch ein bisher unbestrafter Spanier, Jesus Braganza aus Helica, einem kleinen spanischen Städtchen, gehörte zu seinem Freundeskreis. Der Chauffeur biederte sich an und erfuhr, dass man es auf einen Bankkassierer der grossen französischen Bank, Crédit Lyonnais, abgesehen habe, der jeden Sonnabend 60 000 Peseten bei sich trüge: er sollte überfallen werden. Der Chauffeur wurde beauftragt, mit seinem Wagen an einer Ecke nahe dem Tatort zu warten, um dann die Räuber mit dem erbeuteten Gelde mit Höchstgeschwindigkeit über die Grenze zu führen. Unglücklicherweise stellte sich aber vor Verübung dieses Attentats heraus, dass die Summe, die der Kassierer zu transportieren hatte, längst nicht 60 000 Peseten betrug. Als unlohnend wurde der Plan aufgegeben.

Jesus Braganza entwickelte nun ein neues Projekt. Er schlug vor, die Sparkasse seines Heimatortes, Helica, zu überfallen. Er versicherte, dass bei diesem Geschäft mindestens 300 000 Peseten herausspringen könnten. Der Vorschlag wurde annehmbar befunden. Braganza selbst sollte sich am Ueberfall nicht beteiligen, um nicht erkannt zu werden. Er sollte die Gefährten ausserhalb der Stadt in einem Gehölz erwarten. Dort würde man ihn ins Auto nehmen und den Anteil, der ihm gebühre, an ihn abführen.

Man einigte sich als besten Termin für den Ueberfall auf einen Sonntag. Niemand würde an diesem Tage in der Bank sein, die Einwohner des Städtchens sässen in ihren Häusern, in den Cafés oder in den Kinos. Man beschloss also für den auserwählten Tag, um 6 aus Barcelona abzufahren, um um 1/2 10 Uhr in Helica die Tat verüben zu können. Braganza hatte einen genauen Lageplan aufgezeichnet, und der Chauffeur erhielt Anweisung, kurz vor 6 Uhr in der Nähe eines bestimmten Lokals zu halten.

Alles klappte ausgezeichnet. Der Chauffeur hielt an der bezeichneten Stelle. Man packte Lebensmittel, Masken, Waffen ins Auto und stieg dann seelenvergnügt ein. Aber die Räuber hatten die Rechnung ohne den - Chauffeur gemacht. Denn plötzlich sahen sie das Auto von Kriminalbeamten umgeben, die ihnen mit vorgehaltenem Revolver "Hände hoch" befahlen.....

Nun kam es allerdings zu einem unvorhergesehenen Zwischenfall. Um die merkwürdige Szene hatten sich Leute angesammelt: sie glaubten an einen Raubüberfall der fünf Männer auf harmlose Passanten und holten die uniformierte Polizei herbei. Es entstand ein Handgemenge zwischen Polizisten und Kriminalbeamten, und erst nachdem einer der Kriminalbeamten entwaffnet in Händen der Polizisten war, stellte sich der eigentliche Tatbestand heraus. Dank der Initiative des Chauffeurs, der die Wagentüren abgeriegelt hatte, konnten die wirklichen Verbrecher trotz des Zwischenfalles nicht entwischen. Der Chauffeur wird nun, als einwandfreier Zeuge der Polizei, die Attentäter ins Gefängnis

schwören.

Scheinbar hat man in der Person des Franzosen einen ausgezeichneten Fang getan. Man glaubt, dass er identisch ist mit einem der unerkannt entkommenen Täter, die vor einigen Monaten die Bank von Bilbao überfielen. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, hat die Polizei mit einer Klappe zwei Fliegen geschlagen. Nämlich ein Verbrechen verhütet und ein anderes, schweres, aufgeklärt.

+ + +

Die "Schweinerei...".

Der Direktor des Lübecker Jugendamtes über Professor Klotz.

SPD.Lübeck, 5.Dezember (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend wurde im Calmette-Prozess Oberregierungsrat Dr.Storck, der Direktor des Jugendamtes, über das Verhalten von Professor Klotz nach dem Erkennen des Lübecker Unglücks als Zeuge vernommen. Er bekundete: "Am 5.Mai 1930 hatte ich eine Unterredung mit Professor Klotz. Er erzählte mir, vor etwa 8 Tagen habe die Sektion eines Kindes stattgefunden, das an Tuberkulose gestorben sei. Die Sektion habe einen Zusammenhang der Tuberkuloseinfektion mit der Calmettefütterung ergeben. Er sagte mir, dass es ihn als staatlichen Kinderarzt bedrücke, dass nichts geschehe und er fragte mich dann, was er machen solle. Ich riet ihm, die Einberufung des Gesundheitsrates anzuregen. Das ist dann auch geschehen. In einer zweiten Unterredung, die ich etwa 14 Tage später mit Professor Klotz hatte, fielen von seiner Seite die Worte: "Was soll man denn nur den Eltern sagen? Soll man ihnen sagen, dass hier "eine Schweinerei passiert" ist?" Auf Befragen erklärt Oberregierungsrat Dr.Storck: "Ich habe den Ausdruck "Schweinerei" ganz allgemein aufgefasst. Ich habe ihn nicht so aufgefasst, dass im Laboratorium etwas versiebt worden ist."

Rechtsanwalt Dr.Ihde beantragte, den Oberregierungsrat Dr.Völger als Zeugen darüber zu vernehmen, dass der Lübecker Staat den Eltern, deren Kinder mit BCG gefüttert worden sind, eventuellen Schadenersatz angeboten habe. Rechtsanwalt Dr.Wittern erwiderte, dass es sich hierbei nicht um ein "Angebot" des Staates handele, sondern um ein nach langen Verhandlungen erzieltes Uebereinkommen zwischen Staat und Elternschaft. Der Vertreter der calmettegeschädigten Eltern, Münstermann, brachte zum Ausdruck, dass er es nicht für richtig halte, wenn im Rahmen des Strafprozesses diese zivilrechtlichen Fragen erörtert werden würden. Dr.Wittern antwortete, dass er im Hinblick auf das allgemeine Interesse, das dieser Strafprozess in der ganzen Welt fände, die Erörterung der zivilrechtlichen Fragen für vorteilhaft halte. Er schloss: "Ich richte an alle Länder, in denen das Calmetteverfahren eingeführt ist - ich richte an die gesamte Welt den Appell: Ihr werdet den Nutzen dieses Prozesses haben, helft dem armen Staat Lübeck!"

+ + +

Heroin zentnerweise! Durch intensive Zusammenarbeit der Polizeibehörden von Hamburg, Berlin, Paris, Marseille und Konstantinopel wurde im Hamburger Freihafen ein Rauschgiftlager von 27 Kisten mit 5 Zentnern Heroin und Morphium entdeckt. Im Zusammenhang hiermit wurde auf dem Bahnhof Friedrichstrasse in Berlin der als Rauschgifthändler bekannte Kaufmann del Gracio aus New York festgenommen, ausserdem in seiner Berliner Wohnung der afghanische Staatsangehörige Seya Moses. Del Gracio steht in besonders reger Geschäftsverbindung mit dem türkischen Rauschgifthändler Eckren Bey, der der Absender der als "Metallfarben" deklarierten und über Marseille und Paris nach Hamburg dirigierten Rauschgiftsendung war.

+ + +

Für 4 Millionen - beschlagnahmt! Die New Yorker Prohibitionsbehörden haben eine ganze Schiffsladung Alkohol im Werte von vier Millionen Mark beschlagnahmt. In der ganzen Geschichte des amerikanischen Alkoholverbots ist bisher noch nicht ein Fang von solchem Umfang geglückt.

+ + +

Der Wiener Geburtenrückgang. Aufgrund der letzten statistischen Ermittlungen dürfte sich die Zahl der Neugeburten in Wien für das Jahr 1931 auf ungefähr 17 ooo belaufen. Im Jahre 1900 wurden in Wien 51 ooo Geburten gezählt.

+ + +

Sklarek-Beschränkung? Da sich immer deutlicher herausgestellt hat, dass ein vollständiges Verhandeln aller einzelnen Anklagepunkte im Berliner Sklarekprozess das Gericht noch monatelang beschäftigen würde, befassen sich die preussischen Justizaufsichtsbehörden mit der Frage, ob die Staatsanwaltschaft I in Berlin nicht auf eine Reihe von Anklagepunkten verzichten kann. Würde sich die Staatsanwaltschaft mit der Aufklärung der schwersten und wirklich durchschlagenden Fälle begnügen, so wäre ein solcher Verzicht auf alle Nebensächlichkeiten durchaus im Sinne der neuesten Verfügung des preussischen Justizministers, in der entsprechende Konzentrierung nicht zuletzt auch im Interesse der Steuerzahler verlangt wird. Indes hängen Beschränkungsbeschlüsse nicht nur vom Willen der Justizbehörden, der Richter und der Staatsanwälte, sondern auch vom jeweiligen Einverständnis der Angeklagten ab.

+ + +

U-Boot auf Rädern. Der amerikanische U-Bootkonstrukteur Simon Lake hat eine Art Untersee-Auto erbaut, das in erster Linie für Fahrten auf dem Meeresgrund bestimmt ist. Das U-Boot auf Rädern, das wie ein moderner Kleintank aussieht und nur Platz für etwa zwei Personen bietet, ist 7 Meter lang und zwei Meter breit. Das Fahrzeug kann sich auf der Wasseroberfläche ebenso gut bewegen wie unter Wasser oder auf dem Meeresgrund. Ursprünglich als Taucherinstrument konstruiert, soll es gegebenenfalls auch als Kriegsfahrzeug Verwendung finden....

+ + +

Viertes Grenzmordopfer! Unmittelbar neben der Stelle im deutsch-holländischen Grenzwalde bei Putbroek, an der vor einigen Tagen die Leichen von drei ermordeten Bauernsöhnen aufgefunden worden sind, wurden - gleichfalls verscharrt - die Ueberreste eines seit August verschwundenen 23 jährigen Mannes namens Roebrock entdeckt. Roebrock ist genau so wie die drei Bauernsöhne durch zahlreiche Schüsse aus einer Pistole und einem Jagdgewehr getötet worden. Unter dem Verdacht der Täterschaft wurde ausser dem Jagdaufseher van den Elzen und seinem Sohn, deren Waffen genau zu der im Rücken der Ermordeten gefundenen Munition passen, ein Feldwächter verhaftet.

+ + +

Freitod im Feuer? In der mecklenburgischen Ortschaft Kneese bei Bad Sülze ereignete sich ein schweres Brandunglück. Aus bisher noch nicht völlig geklärter Ursache ging das Wirtschaftsgebäude des Hofbesitzers Borgwardt mit sämtlichen Erntevorräten in Flammen auf. Die Ehefrau des Hofbesitzers wurde in verkohltem Zustand bei den Aufräumungsarbeiten als Leiche aus den Trümmern hervorgeholt. Sie muss in den Flammen umgekommen sein. Vielfach wird vermutet, dass die mitverbrannte Frau Borgwardt das Feuer angelegt und sich selbst in die Flammen gestürzt hat. Frau Borgwardt hatte in letzter Zeit wiederholt Selbstmordgedanken geäussert.

+ + +

Gegen die Reichsbannermörder! Am Freitag den 11. Dezember beginnt vor dem Schwurgericht I in Berlin die Verhandlung gegen die Nationalsozialisten Becker, Hauschke und Kollatz, die sich wegen des Totschlags an den Berliner Reichsbannerleuten Schneider und Graf zu verantworten haben.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der Lohnabbau in USA.

SPD. Der Eisenbahnkonflikt in den Vereinigten Staaten hat sich gefährlich zugespitzt. Die etwa 160 privaten Eisenbahngesellschaften, die eine ungeheure Kapitalmacht verkörpern, sind von der Wirtschaftsschrumpfung schwer betroffen. Ihre Reinerträge sanken im letzten Vierteljahr auf etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Ueberschüsse, die in der gleichen Zeit des Jahres 1929, also im Ausgangspunkt der Krise erzielt wurden. Schon im Sommer dieses Jahres haben die Unternehmer einen allgemeinen Lohnabbau bis zu 10 % gefordert. Sie mussten aber ihre Abbaupläne angesichts der scharf ablehnenden Haltung der sehr gut organisierten amerikanischen Eisenbahner zunächst wieder zurückstellen. Der andere Sanierungsplan des Eisenbahnkapitals sah eine Heraufsetzung der Frachttarife um etwa 15 % vor. Dieser Plan stiess begreiflicherweise auf den heftigsten Widerstand der gesamten Industrie sowie der Regierung. Die Unternehmer haben daher jetzt von neuem einen Angriff gegen den Lohn der Eisenbahner - es handelt sich dabei um mehr als eine Million Arbeitnehmer - unternommen. Dieser Angriff kann leicht zu einem Riesenarbeitskonflikt in den Vereinigten Staaten führen.

Die amerikanischen Eisenbahner haben jeden Lohnabbau mit dem Hinweis auf das lohnpolitische Programm der Hoover-Regierung abgelehnt, die im Gegensatz zu europäischen Regierungen, insbesondere zum Brüning-Kabinett, an dem Standpunkt festhält, dass "jede Senkung des Lebensstandardes unweigerlich zu einer Dauerarbeitslosigkeit führen und einen grossen Teil der Bevölkerung in die Kloake der Armut bringen muss." Die Frage ist jedoch, wie weit die Haltung der Regierung heute noch die Lohnpolitik der führenden Unternehmergruppen beeinflusst. Prüft man die amerikanischen Lohnverhältnisse genauer, dann zeigt sich, dass im Laufe der letzten 1½ Jahre auch die Unternehmer in den Vereinigten Staaten sich immer mehr von der verhängnisvollen Vorstellung einer Sanierung durch Lohnabbau hypnotisieren liessen. Zwar haben verschiedene führende Persönlichkeiten des amerikanischen Wirtschaftslebens noch im Sommer des Jahres in öffentlichen Kundgebungen zum Ausdruck gebracht, dass "jeder Unterminierung des Lebensstandards die wirtschaftlichen Gefahren verstärkt", aber in der Praxis haben sich die Dinge doch erheblich anders entwickelt. In einer sehr sorgfältigen Untersuchung des amerikanischen Handelsministeriums wurde bereits im Frühjahr festgestellt, dass die Lohnsummen im März 1931 (1929 = 100) im Steinkohlenbergbau auf 70 %, im Braunkohlenbergbau auf 65,2 % und im Erzbergbau sogar auf 52,8 % zusammengeschrumpft waren. Auch in der Industrie der Steine und Erden stellten sich die Lohnsummen nur noch auf etwas über 52 % und in der sehr ausgedehnten Konservenindustrie auf rund 50 %. Welche Rolle bei diesem Absinken der Lohnsummen der Lohnabbau spielt, wird daraus ersichtlich, dass der Rückgang des Beschäftigungsgrades und damit der Rückgang der Belegschaften in den genannten Industrien durchwegs um 15 bis 20 % weniger stark war als der Rückgang der Lohnsumme. Hier haben also effektive Lohnsenkungen stattgefunden. Sie sind vielfach "hinten herum" vorgenommen worden, d.h. die Unternehmer liessen zunächst die Stundenlöhne unverändert und beschränkten sich darauf, die Sonderzulagen sowie die Akkord- und Leistungszuschläge abzubauen, umschichtig unbezahlte Urlaubswochen für Teile der Beleg-

schaft einzulegen,Kündigungen auszusprechen,Neueinstellungen zu geringeren Lohnsätzen vorzunehmen usw.

Dieser verkappte Lohnabbau hat im Sommer ein Ende gehabt. Seit vier Monaten sind die mächtigsten Unternehmergruppen in den Vereinigten Staaten zum offenen Lohnabbau übergegangen. Hierfür nur einige krasse Beispiele:die drei führenden Konzerne in der amerikanischen Schwerindustrie, darunter auch der bekannte amerikanische Stahltrust, haben eine durchgängige Lohnsenkung um 10 % vorgenommen. Die beiden Automobilriesen,die General Motors und Ford,haben die Angestelltengehälter um 10 bis 20 % gekürzt. Auch in der übrigen verarbeitenden Grossindustrie schwillt die Bewegung des Lohnabbaus an.So hat der Gummikonzern (United States Rubber Company), ein Weltunternehmen mit annähernd 120 ooo Arbeitnehmern,die Löhne um 9 % gesenkt und zugleich die Fünftagewoche eingeführt. Inder Petroleumindustrie und in den Kupferminenbetrieben sind gleichfalls derartige Bewegungen im Gange.

Wenn jetzt auch die Millionenzahl der Eisenbahner mit ihren Familien in den Strudel der Lohnsenkung hineingerissen werden sollte,so müsste sich dies auf die Konsumkraft der Bevölkerung in USA. verhängnisvoll auswirken. Die Zahl der Vollarbeitslosen beträgt nach vorsichtigen Schätzungen jetzt bereits 7 Millionen. Dazu kommt der scharfe Druck auf die Lebenshaltung infolge Kurzarbeit. Es ist errechnet worden,dass die Krise das Volkseinkommen in den Vereinigten Staaten von 1928 bis 1930 auf 68(gegen 84) Milliarden Dollar gedrückt hat. Das Gesamteinkommen 1931 dürfte nach der bisherigen Entwicklung unter 50 Milliarden Dollar (210 Milliarden Mark) liegen. Aber auch diese Zahlen hindern die amerikanischen Unternehmer in USA nicht,nun wie ihre Kollegen in Europa mit schärfstem Nachdruck eine Senkung des Lebensniveaus zu betreiben.

SPD. Für die südbayrische Textilindustrie, deren Unternehmer einen Lohnabbau von 16 bis 40 % gefordert hatten, wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Kürzung der Zeitlohnzuschläge in der Veredelungsbranche von 6,5 auf 4 Pfennig und der übrigen Zeitlohnzuschläge wie der Zulagen in den Nebenberufen um 8 % vorsieht. Die Akkorddurchschnittslöhne und Akkordsätze sollen um 4 % herabgesetzt werden. Die Neuregelung wäre erstmalig zum 5.März kündbar.

Dieser Schiedsspruch bedeutet voraussichtlich den Abschluss des Lohnkampfes in Südbayern.

SPD. Die Schadenersatzklage, die schon seit mehr als 1½ Jahren zwischen dem Arbeitgeberverband der Eisenindustrie Nordwest und dem Deutschen Metallarbeiterverband infolge eines Arbeitskampfes bei einer Essener Mitgliedsfirma des Nordwestverbandes schwebt, ist nunmehr auch vor dem Landesarbeitsgericht zur Verhandlung gekommen. Das Gericht hat die Ansprüche der beiden Verbände für unberechtigt gehalten; es hat sowohl die Klage der Arbeitgeber wie die Widerklage der Gewerkschaft abgewiesen. Nach seiner Auffassung war das Verhalten der Essener Mitgliedsfirma des Arbeitgeberverbandes ebenfalls nicht ganz einwandfrei,weil sie während der Verhandlungen ihre Bedingungen geändert habe. Dem Metallarbeiterverband bestätigte das Gericht,dass er sich nicht tarifwidrig verhalten habe.

Eine genaue Urteilsbegründung liegt im Augenblick noch nicht vor.

SPD. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen haben sich am Vorabend der für Deutschland bedeutungsvollen Verhandlungen in Basel mit folgender gemeinsamer Erklärung an die Oeffentlichkeit gewandt:

"In wenigen Tagen tritt in Basel der Sonderausschuss zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammen. Seine Pflicht ist, die Folgerungen aus der Erkenntnis zu ziehen, dass die Deutschland auferlegten Reparationsverpflichtungen eine der wesentlichsten Ursachen für die weltwirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit geworden sind. Sie haben die Erschütterungen des internationalen Kreditsystems herbeigeführt.

Die Wiederherstellung des Vertrauens und der Wiederaufbau des internationalen Kredites ist die zentrale, wirtschaftliche und politische Aufgabe.

Die Reparationslasten haben das Mass der durch den Krieg verursachten Schäden längst überschritten. Damit ist ihnen jede moralische und wirtschaftliche Berechtigung entzogen. Sie sind heute nur noch ein Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt. Ihre Beseitigung ist ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht.

Zur Wiederherstellung des internationalen Vertrauens ist aber auch die Beruhigung der inneren Lage Deutschlands notwendig. Die grosse Not des Volkes, die Massenarbeitslosigkeit und die Verarmung der Mittelschichten bereiteten in Deutschland den Boden vor für die Verzweiflungsstimmung, die dem heimlichen Bürgerkrieg täglich neue Nahrung zuführt. Es sind zumeist die ärmsten Söhne des Volkes, die in diesem sinnlosen Kampf fallen, blühende Jugend, die in beruflicher Kameradschaft zusammenwirken könnte, Arbeitslose, in deren Herzen das gemeinsame Elend Verständnis füreinander wecken sollte.

Die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten verurteilen diesen volkszersetzenden Bruderkampf und fordern die Regierung auf, die ganze Autorität des Staates einzusetzen, um zu erreichen, dass die innerpolitischen Auseinandersetzungen ausschliesslich mit geistigen Waffen geführt werden.

Wir wenden uns an alle, die sich in dieser Zeit gewissenloser Demagogie und brutaler Drohungen Verantwortungsbewusstsein, Mut und Besonnenheit bewahrt haben, und fordern von ihnen, mit uns die Front zu stärken für Recht und Freiheit gegen Terror und Gewalt.

SPD. Für die Angestellten der Kölner Metallindustrie wurde ein Schiedsspruch gefällt. Er sieht eine durchschnittliche Senkung der Gehaltssätze um 5,1% vor. Danach würden die Spitzengehälter in Gruppe I 166 Mark betragen und bis zu Gruppe IV auf 294 Mark steigen. Für die Werkmeister würden die Gehälter in Gruppe I 216 und in IV 320 Mark betragen. -

Im Kölner Nahrungs- und Genussmittelgewerbe wurden durch Vereinbarung die bisherigen Lohnsätze um durchschnittlich 6,2% gesenkt.

SPD. Vorsicht! Schwindler in der Siedlung! Ueberall spricht man von Siedlung. Das hat findige Leute auf den Plan gerufen. Eine neue Gründerzeit ist angebrochen. Mehr als 300 neue Siedlungsverbände treiben zur Zeit öffentlich und still ihr Unwesen. Sie versprechen auch den Arbeitslosen die Beschaffung einer ländlichen Siedlung. Unter den Gründern der Verbände mag sich mancher ahnungslose Idealist befinden. In den meisten Fällen gehen jedoch dunkle Existenzen auf den Fang von Arbeitslosengroschen aus.

Wer für die Siedlung einen Rat braucht, wende sich an die Gewerkschaften, vor allem an die Kreis- und Gauleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes!

Wirtschaft Technik Handel

Abschluss des Preussenkonzerns.

Die Dividende wird von 6 auf 4 Prozent heruntergesetzt.

SPD. Die am Sonnabend stattgefundene Generalversammlung der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks- Aktiengesellschaft (Vebag), des sogenannten Preussenkonzerns, hat die Dividende für das verflossene Geschäftsjahr auf 4% festgesetzt. Im vorigen Jahr wurden 6% gezahlt. Der Reingewinn hat sich von 15,024 Millionen Mark auf 11,448 Millionen Mark verringert. Nach Lage der Dinge musste sich die Krise beim Preussenkonzern äusserst scharf auswirken. Trotzdem ist es gelungen, eine ansehnliche Rente herauszuwirtschaften.

Der Preussenkonzern fasst die Bergwerks- und Elektrizitätswirtschaft des preussischen Staates zusammen. Zu ihm gehören die Preussische Elektrizitäts-A.G. (Preag), die Preussische Bergwerks- und Hütten A.G. (Preussag), die Bergwerksgesellschaft Hibernia und die Bergwerksgesellschaft Recklinghausen. Die Unternehmungen repräsentieren ein Kapital von über 400 Millionen Mark, die Preag mit 155, die Preussag mit 110 Millionen, Hibernia mit 80 Millionen und Recklinghausen mit 67 Millionen Mark. Von den Unternehmungen befinden sich die Aktien der Preussag, der Hibernia und der Bergwerksgesellschaft Recklinghausen restlos in Händen des Preussenkonzerns, also des preussischen Staates. Von den Preagaktien gehören 80% dem Preussenkonzern. Die restlichen 20% verteilen sich auf Gemeinden usw. Die Zahlen vermitteln eine Vorstellung, wie weit es dem preussischen Staat gelungen ist, in das Wirtschaftsleben einzudringen. Der Preussenkonzern stellt ohne Zweifel ein Instrument dar, mit dem es möglich ist, die Entwicklung in der Wirtschaft stark zu beeinflussen.

Im besonderen sind es Bergwerksbetriebe, die im Preussenkonzern zusammengefasst sind. Die ausserordentlich ungünstige Lage der deutschen Wirtschaft während des verflossenen Geschäftsjahres hat sich im besonderen Masse im Erz- und im Kohlenbergbau ausgewirkt, wie der Geschäftsbericht des Preussenkonzerns feststellt, "eine nicht unbeträchtliche Verminderung der Erträgnisse derjenigen Beteiligungsgesellschaften herbeigeführt, welche ihre Geschäftsbetriebe ganz oder zum grossen Teil auf den Bergbau eingestellt haben." Die Preussag und die Bergwerksgesellschaft Recklinghausen mussten für das Geschäftsjahr 1930 ihre Dividende von 5 bezw. 6 auf 4 Prozent vermindern, die Bergwerksgesellschaft Hibernia, die im Vorjahre noch 5% ausschüttete, hat für das Jahr 1930 von einer Dividendenverteilung abgesehen. Nur die Preag konnte an dem Dividendensatz des Vorjahres von 6% festhalten und es ist auch anzunehmen, dass die Preag für das laufende Jahr eine Dividende in der gleichen Höhe zahlen wird

Unter Einfluss dieser Entwicklung hat sich der Reingewinn, der im vorigen Jahr noch 15,024 Millionen Mark betrug, auf 11,448 Millionen Mark verringert. Die Erträgnisse werden mit 12,62 Millionen Mark angegeben, im vorigen Jahr 17,23 Millionen Mark. Die Zinsen haben sich gegenüber dem Vorjahr von 2,23 auf 1,04 Millionen Mark verringert. Unkosten werden für das Jahr 1930 mit 195 000 Mark angegeben, im Vorjahr mit 59 000 Mark. Von dem Reingewinn werden 580 000 Mark (im Vorjahr 760 000 Mark) dem gesetzlichen Reservefond zugeführt, der damit auf 1,65 Millionen Mark ansteigt. 3,6 Millionen Mark (im Vorjahr 8,8 Mill.) werden der Sonderrücklage zugeschlagen, die dadurch auf 18,2 Millionen Mark ansteigt. Vorgetragen werden 68 400 Mark, im Vorjahr 64 100 Mark.

In der Bilanz, deren Gesamtsumme 295 Millionen Mark ausmacht gegenüber

306 Millionen Mark im Vorjahr, hat sich das Beteiligungskonto verändert und zwar wird es mit 253 Millionen Mark angeführt gegenüber 245 Millionen Mark im Vorjahr. Dazu wird bemerkt: Im Laufe des Geschäftsjahres übernahm die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks A.G. von der Preag für ein unter Führung des Preussenkonzerns gebildetes Konsortium 30 Millionen Mark neue Aktien. Das Aktienkapital der Preag hat sich dadurch von 125 Millionen Mark auf 155 Millionen Mark erhöht. Der auf die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks A.G. entfallende Betrag wird in Höhe der inzwischen geleisteten Einzahlungen durch eine entsprechende Erhöhung des Beteiligungskontos ausgewiesen. Es verbleibt eine Restzahlung von 21,6 Millionen Mark. Die von der Preussag durch Generalversammlungsbeschluss vorgenommene Herabsetzung des Aktienkapitals von 140 auf 110 Millionen Mark - die Aktienherabsetzung steht im Zusammenhang mit dem Ersaufen der Kalischächte Vienenburg - ist in den Anlagekonten nicht zum Ausdruck gekommen, da eine entsprechende Abbuchung aus den auf Beteiligungskonto vorhandenen stillen Reserven vorgenommen werden konnte.

Die Debitoren werden mit 40,65 Millionen Mark ausgewiesen, worin 19 Millionen Mark langfristige Darlehen an Beteiligungsgesellschaften enthalten sind Der Posten machte im Vorjahr 32,79 Millionen Mark aus. Die Kreditoren sind von 104,87 Millionen Mark im Vorjahr auf 72,11 Millionen Mark gesunken. Davon sind 35 Millionen Mark langfristig. Bankschulden, die im Vorjahr nicht vorhanden waren, werden diesesmal mit 16 Millionen Mark ausgewiesen. Die Entstehung der Bankschulden erklärt sich einmal durch Verminderung der Kreditoren und des anderen durch Rückzahlung von Auslandsschulden.

SPD. Ueber ihre am Sonnabend stattgefundene Aufsichtsratssitzung teilt die AEG, die in letzter Zeit stark im Mittelpunkt von Gerüchten stand, folgendes mit:

"Der Umsatz hat sich um 30% d.h. also von 520 Millionen Mark auf 370 Millionen Mark verringert. Der Auftragseingang war im abgelaufenen Geschäftsjahr rückläufig, eine Bewegung, die auch im neuen Geschäftsjahr noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Durch den Ausfall von Investierungen von Staat, Kommune und Industrie konnten die Werke nicht ausreichend beschäftigt werden. Auch werden durch die internationale Krise und die neuen Zollmauern die Exportmöglichkeiten mehr und mehr behindert. Die Verwaltung war bemüht, die Gesamtorganisation des Unternehmens dieser Sachlage anzupassen. Sie musste infolgedessen zu einer Reduktion aller Unkosten sowie auch der Personalausgaben schreiten. Diese Massnahmen sind mit weitgehender Wirkung durchgeführt worden, konnten sich jedoch im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht so schnell auswirken wie es im Interesse der Rentabilität des Unternehmens wünschenswert gewesen wäre. Die im Gange befindlichen und naturgemäss noch nicht abgeschlossenen Bilanzarbeiten werden daher voraussichtlich nach Vornahme der ordnungsmässigen Abschreibungen einen Betriebsverlust ausweisen. Besondere Verluste auf Rohmaterialien einschliesslich Kupfer sind nicht entstanden und sind in grösserem Umfange auch nicht möglich, da nach der Geschäftspraxis der Einkauf auf Spekulation nicht in Frage kommt. Die Finanzlage ist zufriedenstellend. Den Pfundforderungen an die Kundschaft stehen in ausreichender Höhe Verpflichtungen der Firma in Pfund gegenüber und über den Effektenbesitz der Firma ist folgendes zu sagen: Auch wenn man die heutigen Verhältnisse als Grundlage für die Bewertung ansieht und die im Portefeuille der Firma befindlichen notierten Papiere und sonstigen Effekten entsprechend bewertet, findet das Portefeuille seinen Ausgleich in sich selbst. Am Schluss des Vorstandsberichts wird ausgeführt, dass eine Prognose für die weitere Entwicklung des Geschäfts nicht gegeben werden könne, da die Firma wie alle weit verzweigten Unternehmungen von den zurzeit vollkommen undurchsichtigen allgemeinen Bedingungen des In- und Auslandes abhängig sei."

SPD. Die Deutsche Lufthansa, in der die deutschen Verkehrsfluginteressen zusammengefasst sind, berichtet für das Jahr 1931 von einer immerhin befriedigenden Entwicklung. Allerdings hat sich auch hier die Finanzmisere geltend gemacht; u.a. führten die vorgenommenen Stillegungen der Werkstätten in Stettin und Böblingen zu Entlassungen und zur Anordnung von Kurzarbeit. Für das Jahr 1932 werden 38 Flugzeugführer überzählig, die, bis auf 10, aber in anderen Stellungen, bei befreundeten Gesellschaften usw. untergebracht werden können. Stark wirkte sich auch der Benzinzoll aus. Die durch die Notverordnung erfolgte zusätzliche Belastung mit Benzinsteuer wird für ein volles Jahr bei dem gegenwärtigen Betriebsumfang mit 1,1 Millionen Mark angegeben.

Für die Konsolidierung des Unternehmens spricht, dass sich die Unkosten und Beihilfen pro Flugkilometer verringerten, während sich der Anteil der eigenen Einnahmen hebt. Die Flugleistung wird für 1931 mit 8,759 Millionen Kilometer angegeben gegenüber 9,475 Millionen Kilometer im Vorjahr. Sie hat sich also um 7,6 Prozent vermindert. Dagegen hat sich die Zahl der Fluggäste um 7,5 Prozent erhöht, das beförderte Gepäck um 4,3 Prozent und die beförderte Fracht um 2,4 Prozent. Nur bei dem Post- und Zeitungsverkehr ist ein Rückgang von 17,7 Prozent eingetreten. Im grossen und ganzen zeigt sich aber das günstige Resultat einer Steigerung der Verkehrsleistung bei Rückgang der Flugleistung. Die Ausnutzung der Strecken mit gemischtem Verkehr hat sich seit 1931 bei den Reichslinien von 36,7 Prozent auf 38,6 Prozent und bei den regionalen Strecken von 31,1 Prozent auf 38,3 Prozent verbessert. Im ersten Falle liegt eine Veränderung von 5 Prozent, im zweiten Falle von 23 Prozent vor. Die Sicherheit hat sich erhöht. Die Zahl der Notlandungen aus technischen Gründen, die noch 1928 = 174 betrug, und 1930 = 75 ausmachte, hat sich auf 41 gesenkt, wobei allerdings der Winterverkehr noch nicht erfasst ist. Die Kurbelwellenbrüche, 1929 = 22, 1929 = 5 und 1930 = 2, hat man anscheinend ganz ausschalten können.

Ueber das Jahr 1932 wird gesagt, dass es stark davon abhängt, inwieweit Reich und Gemeinden die alten Unterstützungen gewähren können. Unter der Voraussetzung, dass bei den Reichshilfen keine Einschränkung erfolgt, wird man den europäischen Streckendienst auch im Jahre 1932 unverändert durchführen können. Man hofft auch, die deutschen Linien in Betrieb zu halten.

Technisch zielt man auf die Beschaffung schneller Flugzeuge hin, deren Maximalgeschwindigkeit über 300 Kilometer in der Stunde liegen soll. Weiter denkt man an den Einsatz grosser Flugzeuge (umgebaute G.38, J.52). Mit Hilfe der Reichsbehörden ist man ferner an die Entwicklung von wassergekühlten Motoren von 30 und 20 Litern Inhalt, von luftgekühlten Sternmotoren und dem Junkers-Oelmotor (Jumo 5) herangegangen. Natürlich muss sich die Erprobung hier auf Jahre erstrecken. Ohne Zweifel liegt auf diesem Gebiet ein starker Vorsprung des Auslandes vor, der nicht so leicht einzuholen ist.

SPD. Der Reichswirtschaftsminister hat die Devisenbewirtschaftungsstellen ersucht, jedes Mal, wenn sich der Verdacht einer nach der Devisen- und Durchführungsverordnung strafbaren Handlung ergibt, der zuständigen Staatsanwaltschaft Anzeige zu erstatten. Die Devisenbewirtschaftungsstellen sollen in jedem derartigen Fall ausserdem prüfen, ob sonstige Massnahmen, etwa die Entziehung der allgemeinen Genehmigung und die Verweigerung weiterer Einzelgenehmigungen zu ergreifen sind. Ausserdem ist den Devisenbewirtschaftungsstellen nahegelegt worden, sich zur Aufklärung zweifelhafter Tatbestände der Einforderung eidesstattlicher Versicherungen zu bedienen.

Versackt.

(Berliner Getreidebörse vom 5.Dez.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse stagnierte am Sonnabend das Geschäft vollkommen. Es zeigte sich keinerlei Unternehmungslust. Umsätze kamen nur in geringstem Umfange zustande. Dabei ist das Angebot speziell an promptem Weizen reichlicher geworden, ohne dass sich Käufer in genügender Zahl fanden. Trotzdem blieben die Notierungen für prompten Weizen unverändert und lediglich prompter Roggen wurde um 1 Mark niedriger notiert. Prompter Hafer verlor 2 Mark. Am Markte der Zeitgeschäfte war Weizen um 2 Mark rückläufig, während Roggen unverändert blieb. Auch hier kam nur minimales Geschäft zustande. Das Mehlgeschäft stockte vollkommen. Die Forderungen der Mühlen waren nachgiebig, ohne dass sich Käufer fanden. Auch am Hafermarkt herrschte keine Kauflust. Der Konsum hielt sich vollkommen zurück.

	4.Dez.	5.Dez.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	217 - 219	217 - 219
Roggen	195 - 198	194 - 197
Braugerste	158 - 168	156 - 166
Futter= und Industriegerste	153 - 157	151 - 155
Hafer	138 - 145	136 - 143
Weizenmehl	27,75 - 32,00	27,75 - 31,75
Roggenmehl	27,00 - 29,00	26,80 - 28,00
Weizenkleie	9,90 - 10,25	9,90 - 10,25
Roggenkleie	10,25 - 10,75	10,25 - 10,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 229½-229 (Vortag 231), März 238½-237½ (239½). Roggen Dezember 202 (202), März 210 (210) Hafer Dezember 155-154 Brief (156), März 161-159¼ (163).

SPD. Nach dem Saatenstandbericht für das Deutsche Reich ist die Bestellung des Wintergetreides fast überall beendet und konnte durchweg im vorgesehenen Umfange durchgeführt werden. Der Stand der jungen Saaten wird zufriedenstellend beurteilt.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 5.Dezember. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I.Qualität 107, II. 100, abfallende Sorten 90 RM. Tendenz: ruhig.

SPD. Das Kulturamt Köslin wird mit Hilfe der Bauernhof=Siedlungsgesellschaft m.b.H. in Berlin W.10, Lützowufer 10, die Besiedlung von Gütern im Umfange von 13 500 Morgen durchführen, die ehemals dem Fürsten von Hohenzollern Sigmaringen gehörten. Man denkt daran, 300 neue Bauernwirtschaften zu schaffen. Der Erstellungspreis pro Wirtschaft soll 7 000 bis 8 000 Mark betragen.